

Linke Energiepolitik am finanziellen Abgrund

Die überaus lange Behandlungsdauer dieser relativ „pflegeleichten“ Weisung in der Spezialkommission ist ein Paradebeispiel, wie eine unheilige Allianz aus SP, GP und GLP mittels einer unzumutbaren Verzögerungstaktik eine simple Tarifierhöhung als Mittel zum Zweck für ihre links-grüne Energie-Ideologie missbraucht. Systematisch wurde die Verwaltung mit grösstenteils unwesentlichen und überhaupt nicht im Zusammenhang mit dem Geschäft stehenden Fragen beinahe bis zum Geht-nicht-mehr bombardiert. Als mickriges Ergebnis resultierten vorwiegend untaugliche Anträge, welche mangels praktischer Umsetzbarkeit wieder zurückgezogen werden mussten. Kleinlaut wird nun dem Ganzen im Wesentlichen mehr oder weniger kritiklos zugestimmt.

Die vereinigte Linke hat mit ihrer Hinhaltenaktik in unverantwortlicher Weise bewirkt, dass die Tarifierhöhung nicht rechtzeitig erfolgen konnte und deren Inkraftsetzung für 2013 ernsthaft gefährdet ist. Das in einer clean-tech-verfilzten Zwangsneurose behaftete Zweckbündnis will einfach nicht wahrhaben, dass es nicht zielführend sein kann, die Festlegung von neuen Tarifen als Plattform für seine scheinheilige Oeko-Fundi-Politik zu missbrauchen. Die finanziellen Konsequenzen für das kommunale Stromunternehmen sind gravierend: In der Sparte Verkauf wird als Folge dieser verfehlten links-grünen Kraftmeierei Jahr für Jahr ein Fehlbetrag von rund 20 Mio. Franken geschrieben.

Der eklatante Widerspruch dieser dilettantisch aufgezogenen Manöver ist kaum mehr zu überbieten. Einerseits werden die einschlägigen Kreise nicht müde, die Kassen des EWZ unverfroren für ihre öko-verbrämten Eigeninteressen in Form von Subventionen aller Art zu plündern, andererseits wird eben diese (noch ergiebige) Geldmaschine in ihrer Entfaltung und Geschäftsbesorgung - wie Figura zeigt - erheblich gestört und behindert. Die SVP-Fraktion distanziiert sich klar von solchen höchst geschäftsschädigenden Machenschaften und weist die uneingeschränkte Schuld für weitere Verluste des EWZ in aller Form den Verursachern zu.

Die SVP-Fraktion wird die Weisung und das Gros der Anträge zum Dispositiv dennoch ablehnen. Als Folge der von uns schon damals abgelehnten Tarifierhöhung 2006 wurde die Produktpalette wesentlich erweitert, die Tarifpositionen verschachtelt und damit die Übersicht stark erschwert. Anstelle von einfachen Strukturen weist der Tarif heute eine Vielzahl von Ausnahmen und Quersubventionen auf. Wer nicht ökologisch denkt, wird abgestraft. Für die Grosskunden und das Gewerbe ist der Spielraum angesichts der kommenden Marktöffnung zu starr und für den kommenden scharfen Wettbewerb ungeeignet. Es fehlt ein Produkt, welches lediglich die reinen Gestehungskosten, einen angemessenen Gewinn und sonst rein gar nichts beinhaltet. Das alles steht nicht im Einklang zu der von uns verlangten Kostentransparenz. Die SVP steht für eine sichere und kostengünstige Stromversorgung für Wirtschaft, Gewerbe und Privathaushalte.

Die SVP erwartet, dass der Tarif-Wirr-Warr anlässlich einer kommenden Tarifierhöhung konsequent entschlackt, von sämtlichen Quersubventionen befreit und auf das Notwendigste abgespeckt wird. Die vorliegende Weisung trägt diesen Anliegen nicht einmal ansatzweise Rechnung und muss daher abgelehnt werden.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Theo Hauri, Telefon 079 674 28 68

Gemeinderat Martin Bürlimann, Telefon 044 271 51 67

Gemeinderat Mauro Tuena, SVP-Fraktionschef, Telefon 079/ 414 55 51